



**Der Magistrat
STADT GROSS-UMSTADT**

Groß-Umstadt, den 08.12.2015

Niederschrift

54. Haupt- und Finanzausschusssitzung vom 03.12.2015

Anwesend:

Ausschussvorsitzender

Herr Karlheinz Müller

Stellvertretender Ausschussvorsitzender

Herr Heiko Handschuh

Ausschussmitglied

Herr Martin Kleine

Herr Klaus Scheuermann

Stellvertretendes Mitglied

Herr Mathias Horn

Vertreter für Oliver Schröbel

Frau Christiane Roelle

Vertreterin für Karl-Heinz Jung

Stellvertretender Stadtverordnetenvorsteher

Herr Dr. Fritz Roth

Bürgermeister

Herr Bürgermeister Joachim Ruppert

Erster Stadtrat

Herr Erster Stadtrat Diethard Kerkau

Magistrat

Herr Stadtrat Reinhold Ritter

Seniorenbeiratsvorsitzender

Herr Michael Dahrendorf

Schriftführerin

Frau Susanne Schübler

Verwaltung

Herr Ingo Huber

Herr Mirco Rakowitz

Herr Ottmar Schimpf

Nicht anwesend:

Ausschussmitglied

Herr Karl-Heinz Jung

Entschuldigt; Vertreterin: Frau Christiane
Roelle

Herr Norbert Knöll

Herr Oliver Schröbel

Entschuldigt; Vertreter: Herr Matthias
Horn

Herr Dr. Jens Zimmermann

Beginn der Sitzung:

20:00 Uhr

Ende der Sitzung:

21:35 Uhr

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Einwendungen gegen die Niederschrift der 53. Sitzung vom 05.11.2015
3. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden/des Magistrats
4. Beratung der Tagesordnung der 40. Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2015
5. Anregungen und Mitteilungen

Zu TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Ausschusses, die Mitglieder des Magistrates, den Vorsitzenden des Seniorenbeirates sowie die anwesenden Verwaltungsmitarbeiter. Er stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Zu TOP 2 Einwendungen gegen die Niederschrift der 53. Sitzung vom 05.11.2015

Gegen die vorliegende Niederschrift der 53. Sitzung werden keine Einwände erhoben. Die Niederschrift gilt somit als genehmigt.

Zu TOP 3 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden/des Magistrats

Der Ausschussvorsitzende gibt keine Mitteilungen.
Für den Magistrat berichtet der Bürgermeister über die zusehends schwieriger werdende Situation bei der Unterbringung der UMAS. Es werden noch mehr Flüchtlinge in Groß-Umstadt erwartet. Die von Seiten der Stadt zur Verfügung stehenden Unterkünfte sind belegt, so dass man auf der Suche nach anderen Unterbringungsmöglichkeiten ist. Es besteht Konsens darüber, dass das Problem bezüglich der Asylsuchenden, die Kommunen im Landkreis auch noch auf längere Sicht beschäftigen wird.

Zu TOP 4 Beratung der Tagesordnung der 40. Stadtverordnetenversammlung am 11.12.2015

Die von der Verwaltung vorgeschlagene erweiterte Tagesordnung wird wieder in die ursprüngliche Form zurückgenommen. Die beiden hinzugenommenen Punkte, werden erst in der Januarsitzung und vorher im Bauausschuss eingehend beraten.

Lediglich die Abstimmung der Änderungsanträge zum Nachtragshaushalt erfolgt unter Punkt 5.1.

Beratung der Tagesordnung der 40. Stadtverordnetenversammlung:

TOP 3

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, die vorgeschlagenen Ortsgerichtsschöffen zu bestellen.

Abstimmungsergebnis für Michael Pohl	6 Jastimmen
Abstimmungsergebnis für Falk Rödelberger	6 Jastimmen

TOP 4.1

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, die im Entwurf vorliegende Änderungssatzung zur Friedhofssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	5 Jastimmen	1 Enthaltung
---------------------	-------------	--------------

TOP 4.2

Der Stadtverordnetenversammlung wird empfohlen, die im Entwurf vorliegende Änderungssatzung zur Gebührensatzung zur Friedhofssatzung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis	5 Jastimmen	1 Enthaltung
---------------------	-------------	--------------

Zu TOP 5.1 bis 5.3

Der Ausschussvorsitzende erläutert, dass er darum bittet, wie in den Vorjahren keine Beschlussempfehlung über die haushaltsrelevanten Tagesordnungspunkte zu geben. Dies wurde auch in anderen Haushaltsbeschlussverfahren so gehandhabt. Über dieses Vorgehen bestand Konsens. Über diese Punkte wird nicht abgestimmt.

Zunächst erläuterte der Bürgermeister die Anträge der Verwaltung, welche ausschließlich auf redaktionellen Änderungen beruhen.

Die Erläuterungen wurden zur Kenntnis genommen, es ergaben sich keine Nachfragen.

Erläuterungen zu den Anträgen von Fraktionen:

Herr Kleine erläutert den Antrag der SPD Fraktion über die Schaffung einer zusätzlichen Stelle einer 450 € - Kraft für die Flüchtlingshilfe in Groß-Umstadt. Hier ist eine personelle Unterstützung der bereits bestehenden Stelle nach Ansicht der SPD – Fraktion unbedingt notwendig, auch im Hinblick auf die Situation, die bereits der Bürgermeister eingangs erläutert hatte. Hier fragt Herr Scheuermann nach, ob man auch schon mit dem Kreis über eine Refinanzierung verhandelt hat. Der Bürgermeister erläutert, dass es sich hierbei um eine freiwillige Leistung der Kommune handelt, man werde sich aber trotzdem bemühen, mit dem Kreis über evtl. Erstattungen zu reden. Herr Roth erkundigt sich ebenfalls, ob die Einnahmen des Kreises für die Flüchtlingshilfe im Haushalt abgebildet sind. Der Bürgermeister verneint dies, da der Kostenträger im Bereich der Hilfe für Asylsuchende der Kreis sei. Herr Kleine teilt mit, dass der Antrag der SPD trotz fehlender Gegenfinanzierung aufrechterhalten wird.

Die Anträge der SPD Fraktion bzgl. der Stellplatzsatzung und der Prüfungsantrag zu Sanierungsmaßnahmen im Rahmen der Vorstadtsanierung sind nicht im Zusammenhang mit der Beratung der Nachtrags Haushaltspläne zu sehen. Bei dem Antrag im Rahmen der Stadtsanierung handelt es sich ohnehin um einen Arbeitsauftrag an den Magistrat bzw. die Verwaltung. Es wurde auch eingangs besprochen, dass diese Anträge erst in der Januarsitzung behandelt werden.

Der Antrag der SPD Fraktion bezüglich der Verwendung der Mittel aus dem Verkauf des Bolzplatzes „Am schwarzen Berg“, wird nicht vorgestellt, er muss neu formuliert werden.

Die SPD-Fraktion legt in der Sitzung einen weiteren Antrag vor. Der Antrag bezieht sich auf die Neubestuhlung und Betischung des sanierten Bürgerhauses in Klein-Umstadt. Herr Kleine erläutert, dass die alte Bestuhlung nicht für den neuen Bodenbelag geeignet ist. Seines Wissens konnten Gelder bei der Sanierung eingespart werden, die zur Deckung der Kosten für neue Stühle und Tische herangezogen werden könnten.

Der Antrag wurde den Mitgliedern des Ausschusses ausgehändigt.

Fragen zum 1. Nachtragshaushalt 2015 / 2016:

Herr Kleine erbittet eine genauere Erläuterung der Personalkostenerhöhungen von 126 T€ im Haushalt 2015 und 350 t€ im Haushalt 2016. Die Saldierung soll von der Verwaltung aufgegliedert werden, damit ersichtlich ist, wie sich Stellenmehrungen, Stellenminderungen, Umgruppierungen und Tariferhöhungen jeweils als Betrag auswirken. Herr Roth möchte wissen, ob die geplante Lohnerhöhung von 2 % darin enthalten ist. Der Bürgermeister bejaht dies.

Die Verwaltung erhält den Auftrag eine Gegenüberstellung auszuarbeiten und diese bis zur Stadtverordnetensitzung vorzulegen.

Herr Scheuermann bemängelt, dass bereits im Sozialausschuss keine erschöpfenden Auskünfte darüber erteilt werden konnten.

Herr Kleine fragt nach, ob die auf Seite 14 des Nachtragshaushaltsplanes erläuterte Minderung nur auf den Zuschuss für die Sanierung des Wambolt'schen Schlosses zielt. Herr Huber verneint dies, es handle sich nur um eine generelle Kürzung des Gesamtausgabebedarfes, was im Investitionsprogramm ersichtlich ist, wo das Programm bis ins Jahr 2019 dargestellt ist.

Herr Kleine erkundigt sich nach dem auf Seite erläuterten Ansatz für die Sanierung des Daches des Feuerwehrhauses Kleestadt. Seines Wissens handle es sich hier nicht nur um das Dach.

Die Verwaltung erhält den Auftrag, dies näher zu erläutern.

Des Weiteren kommt die Frage auf, ob die ausgewiesene Sanierung „Steinweg“ im Stadtteil Heubach (Seite 16 des Vorberichtes) nicht nach 2017 verschoben werden könne. Der Bürgermeister verneint dies. Hier ist unterirdisch ein Teilstück Kanal marode, welches so schnell wie möglich erneuert werden muss, da sonst eine Absenkung der Straße an dieser Stelle droht.

Herr Kleine bittet um eine Erläuterung, worum es sich bei einer „Verpflichtungsermächtigung“ handelt. Herr Huber erläutert ihm dies.

Herr Dr. Roth fragt nach, um welche Zuweisungen und Zuschüsse von insgesamt 204 T€ es sich auf Seite 127 handelt. Die Verwaltung teilt mit, dass das Budget 15 insgesamt 5 einzelne Produkte beinhaltet, bei denen jeweils die einzelnen Ansätze für Zuweisungen und Zuschüsse ausgewiesen werden. Es handelt sich um Zuschüsse für den Wertstoffhof, den Wasserverband Gersprenz, Beförsterungskosten und Zuschüsse im Rahmen von Energiesparmaßnahmen.

Herr Dr. Roth möchte wissen, welche Kosten sich hinter der Rubrik „Sach- und Dienstleistungen“ (Zeile 13 Ergebnishaushalt) auf Seite 135 verbergen. Die Verwaltung teilt ihm mit, dass es sich um Materialkosten und Fremdleistungen handelt. Herr Huber händigt Herrn Roth in der Sitzung den offiziellen Verwaltungskontenrahmen des Landes Hessen aus. Hier sind die einzelnen Sachkosten, die sich hinter der Position „Sach- und Dienstleistungen“ verbergen einzeln aufgeführt.

Frau Roelle möchte wissen, wo die Abschreibungen und die Rückstellungen im Haushalt ersichtlich sind.

Der Gesamtabschreibungsbetrag ist jeweils in der Gesamtergebnisrechnung (Seiten 28 und 168) unter Position 14 ersichtlich, sowie in jedem Budget bzw. Produkt unter derselben Position. Die Rückstellungskonten bzw. Übersichten sind im Jahresabschluss enthalten.

Herr Dr. Roth erkundigt sich nach einer Erhöhung Schulumlage. Der Kreis habe einen höheren Schulumlagehebesatz angekündigt, die Veränderung laut Vorbericht weise aber einen Rückgang um 486.000 aus. Herr Huber erläutert, dass der Rückgang im Nachtrag in Relation auf den ursprünglichen Ansatz des Haushaltes 2016 zu betrachten sei. Die ursprüngliche prognostizierte Steigerung war höher. Es handelt sich weiterhin um einen nominalen Anstieg gegenüber dem Vorjahr, der im Vergleich zum ursprünglichen Ansatz geringer ausfalle. Der Nachtrag weise nur die Änderungen zum Vorjahr gesondert aus.

Herr Dr. Roth ergänzt, ob nicht auch die vom Kreis angekündigte höhere Schulumlage im Haushalt eingerechnet sein müsse. Herr Huber verweist auf den Stand der Haushaltsplanung des Kreises, der noch im Beschlussverfahren sei. Der fragliche Hebesatz sei in dessen Verlauf bereits von über 19% auf aktuell etwa 17,5% gefallen, ergänzt Herr Bürgermeister Ruppert. Die grundsätzliche Haushaltswahrheit und Haushaltsklarheit, so Herr Huber, könne nicht auf Mutmaßung und Erwartung beruhen. Sollte der Kreis die Schulumlage abweichend beschließen, müsse man später gegebenenfalls auf die veränderten Fakten reagieren.

Herr Roth erkundigt sich über die Rücknahme der Ansätze für die Windenergie. Der Bürgermeister erläutert, dass 2016 ein einmaliger Zuschuss enthalten war, und deswegen der Betrag höher ausfällt.

Der Ausschussvorsitzende fragt alle Ausschussmitglieder, ob noch weitere Anträge von Fraktionen zum Nachtragshaushalt 2015/2016 vorliegen. Dies ist derzeit nicht der Fall. Die Fraktionen werden ihre Anträge in der nächsten Woche einreichen.

Zu TOP 5 Anregungen und Mitteilungen

Es wurden keine Anregungen und Mitteilungen gegeben.

Karlheinz Müller
Ausschussvorsitzender

Susanne Schübler
Schriftführerin

